

Lonsheim in französischer und hessischer Zeit

Die Geburtsstunde Rheinhessens

Grundlage für die Eingliederung in die französische Republik war der Friede von Campo Formio vom 04.11.1794, in dem Österreich das linke Rheinufer an Frankreich abtrat. Am gleichen Tag erhielt Regierungskommissär Rudler die Anweisung, das Land in Departements einzuteilen und Zivil-, Straf- und Friedensgericht einzurichten. Dies bedeutete die Gleichstellung der abgetretenen Gebiete in ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Organisation mit der französischen Republik.

Nach der endgültigen Abtretung des linken Rheinufers im Friedensvertrag von Lunéville vom 09.02.1801 wurde diese Neuorganisation mit der Einführung der fünf französischen Gesetzbücher vollendet. Sie bildeten die Grundlagen des rheinischen Rechtes.

Lonsheim wurde Teil des Departements „Mont-Tonnerre“ (Donnersberg) mit der Hauptstadt Mainz.

Das Departement wurde unterteilt in Unterpräfekturen (Arrondissements), die in Mainz, Speyer, Kaiserslautern und Zweibrücken ihren Verwaltungssitz hatten.

Lonsheim gehörte zum Arrondissement Mainz. Es wurde in zehn Kantone unterteilt, acht lagen im heutigen Rheinhessen: Alzey, Bechtheim, Bingen, Mainz, Nieder-Olm, Ober-Ingelheim, Oppenheim und Wörrstadt. Lonsheim war Teil des Kantons Alzey, in dem die 25 folgenden Ortschaften lagen: Albig, Alzey mit Schafhausen, Bechenheim, Bermersheim, Bornheim, Dautenheim, Dintesheim, Erbes-Büdesheim, Esselborn, Flomborn, Flonheim, Framersheim, Freimersheim, Heimersheim, Kettenheim, (Gau-) Köngernheim, Lonsheim, Nack, Nieder-Wiesen, (Gau-) Odernheim, Offenheim, Uffhofen, Wahlheim, Weinheim und Wendelsheim.

Interessanterweise entspricht die Kantonateinteilung bis auf wenige Ausnahmen fast exakt der heutigen Verbandsgemeinde Alzey-Land.

Die hessische Zeit ab dem Wiener Kongress

Nach der Niederlage Napoleons besetzten Ende 1813, Anfang 1814, preußische, österreichische und russische Truppen das Gebiet des späteren Rheinhessen.

Die Truppen verhielten sich wie in Feindesland und stellten Forderungen nach Lebensmitteln und Futterlieferungen, die oft die Belastungen durch das französische Militär überstiegen.

Die drei Departements Donnersberg, Saar und Mosel wurden zu einem Generalgouvernement zusammengefasst und standen unter der Leitung des ehemaligen preußischen Geheimen Staatsrates und Chefs der gesamten preußischen Polizei Justus Gruner. Hauptsitz war zunächst Trier.

Nach dem Friedensvertrag vom 30. Mai 1814 trat Frankreich die rheinischen Departements an die verbündeten Mächte ab. Die Verwaltung des Departements Donnersberg wurde einer gemeinsamen Landesadministrationskommission des Königreichs Bayern und Österreichs mit Sitz in Kreuznach übertragen.

Am 01. November 1814 wurde der Wiener Kongress eröffnet.

>Zwischenbemerkung:

Mit der Unterzeichnung der Rheinbundakte (Bündnisvertrag deutscher Fürsten mit Frankreich) wurde dem Landgrafen Ludwig X. von Hessen (1753 bis 1830) von Napoleon der Titel „Großherzog“ verliehen. Die damit verbundene landesherrliche Souveränität (kam dem Königsstand gleich) verlieh Großherzog Ludwig I. die Macht, die alten Landstände aufzuheben und mit unumschränkter Macht zu regieren. Für seine Allianz mit Napoleon verlor er nun einige Gebiete in Westfalen. Bei den Verhandlungen über die Neugestaltung sollte er jedoch entschädigt werden.<

Am 10. Juni 1815 unterzeichnete Ludwigs Gesandter Türckheim die Wiener Kongressakte, in deren Artikel 47 die Bedingungen für Hessen festgelegt waren. Hessen bekam für den Verlust der westfälischen Gebiete ein Landesgebiet am linken Rheinufer im Departement Donnersberg mit 140.000 Einwohnern mit voller Souveränität zum Eigentum.

Bei den Nach- und Schlussverhandlungen in Paris mit Minister Lichtenberg und dem Rechtsprofessor und Geheimrat Heinrich Carl Jaup wurden schließlich die endgültigen und genauen Grenzen der Provinz Rheinhessens festgelegt. Der Pariser Vertrag wurde am 04. November 1815 unterzeichnet, die endgültige Fassung wurde am 07. Juli 1816 um 23.00 Uhr übergeben.

Im Artikel 8 standen die neuen linksrheinischen Gebiete Hessens: der Bezirk Alzey ohne den Kanton Kirchheimbolanden, die Kantone Pfeddersheim und Worms sowie Mainz mit Kastel und Kostheim.

Damit war Lonsheim als Dorf im Kanton Alzey hessisch geworden.

Die allgemeine Stimmung war gegen eine Übernahme der hessischen Rechtsordnung, man wollte den „mittelalterlichen Plunder“ nicht mehr, sondern die französische Rechtsverfassung behalten.

Die Übergabe der neuen Gebiete fand zwischen dem 12. und 20. Juli 1816 in Mainz, Worms und Alzey statt. So wird in einer Verordnung im Amtsblatt vom 28. März 1818 mitgeteilt, dass die Verwaltung der Provinz Rheinhessen von der provisorischen Regierungskommission auf eine eigene ständige Provinzialregierung in Mainz übergeht. In diesem Zusammenhang wird zum ersten Mal der Name „Provinz Rhein-Hessen“ offiziell verwendet.

Die Verwaltungsstrukturen mit ihren Kantoneinteilungen aus französischer Zeit blieben also weitgehendst erhalten.

„Dorfchronik Lonsheim“

Verfasser Volker Heeb